

# Alle Länder wollen mehr Geld - vom Bund

Bund und Länder gehen in einer schwierigen Gemengelage in den Flüchtlingsgipfel an diesem Mittwoch im Bundeskanzleramt. Manche Kommunen sind derart am Limit, dass sie für die Aufnahme weiterer Geflüchteter dringend mehr Geld brauchen.

VON HOLGER MÖHLE

**BERLIN** Das Bundeskanzleramt an diesem Mittwoch: 16 Limousinen fahren vor. 16 Regierungschefs steigen aus. Mit im Gepäck: Aktuelle Zahlen über Flüchtlinge in Deutschland, über Asylbewerber, über Unterkunftskosten, über Geld für Integration, und darüber, was der Bund, was die Länder bezahlen – und wie die Kommunen unterstützt werden könnten. Ein föderales Tauziehen um Kosten vor dem Hintergrund hoher Flüchtlingszahlen. Aus einem kursierenden Entwurfspapier der Bundesregierung lässt sich die Haltung ableiten, dass der Bund bei der Sonder-Ministerpräsidentenkonferenz aktuell keine Absicht hat, seine Finanzzusagen nennenswert zu erhöhen. Eine Begründung: Länder und Kommunen erhielten immer größere Anteile aus den Steuereinnahmen des Staates und sollten damit ihre Aufgaben erfüllen können.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) zeigt dem Bund vorsorglich schon vor dem Spitzentreffen am Mittwoch auf, wie die Kosten zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden sollten. Er verweist dazu auf eine Verständigung der 16 Bundesländer untereinander,



Föderales Tauziehen in Deutschland um die Kosten für Flüchtlinge: Hier sind Migranten in einer provisorischen Flüchtlingsunterkunft unterwegs. FOTO: ARNE DEDERT/DPA

die mit abgestimmter Position in die Gespräche mit dem Bund gehen wollen. „Parteiübergreifend haben sich die 16 Länder verständigt, dass sich der Bund und die Länder die Kosten teilen sollten, also wenigstens 50:50“, sagte Wüst unserer Redaktion drei Tage vor dem geplanten Flüchtlingsgipfel. Der CDU-Politiker appelliert letztlich an den Bund, die Kommunen zusätzlich mit frischem Geld bei Unterbringung und Integration von Flüchtlingen zu helfen. „Es wäre unverantwortlich, wenn die

Bundesregierung die Kommunen und letztlich auch die Menschen, die zu uns fliehen, im Stich lässt. Bisher erhalten wir in Nordrhein-Westfalen 600 Millionen Euro vom Bund. Wir haben aber Gesamtkosten in diesem Jahr von 3,7 Milliarden Euro, wovon 1,8 Milliarden Aufwendungen an die Kommunen gehen.“ Auf dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise seien 40 Prozent der Kosten vom Bund gedeckt worden. Aktuell seien es deutlich unter 20 Prozent.

Auch die Vorsitzende der Grünen-

Bundestagsfraktion, Britta Haßelmann, sieht den Bund bei der Unterstützung von Kommunen in der Pflicht, die besonders unter Druck seien. Haßelmann sagte unserer Redaktion: „Ich erwarte konkrete Ergebnisse. Die Kommunen, die besonders gefordert sind, brauchen eine zusätzliche finanzielle Unterstützung, auch durch den Bund. Wir sind eine Verantwortungsgemeinschaft – Bund, Länder und Kommunen. Am 10. Mai müssen wir gemeinsam etwas hinbekommen.“ Unter anderem

gehe es um praktische Lösungen, wie etwa Geflüchtete leichter in den Arbeitsmarkt kommen und wie dabei auch deren Berufsqualifikation in Deutschland anerkannt werden könnte. „Das Land braucht dringend Arbeits- und Fachkräfte.“

Unions-Fraktionsgeschäftsführer im Bundestag, Thorsten Frei (CDU), fordert umgehend einen Kurswechsel. Frei sagte unserer Redaktion: „Wenn nichts passiert, werden wir zum Jahresende 330 000 Asylanträge in diesem Jahr haben. In vielen

Kommunen ist die Belastungsgrenze aber schon heute überschritten. Integration kann unter diesen Umständen nicht mehr gelingen. Der Bund hat sämtliche rechtliche und tatsächliche Instrumente in der Hand, um Migration nach Deutschland zu steuern und zu begrenzen.“ Die Bundesregierung dürfe Landkreise, Städte und Gemeinden nicht im Regen stehen lassen. „Es ist unwürdig, dass die Kommunen jetzt förmlich beim Bundeskanzler um Geld betteln müssen, obwohl sie nur die migrationspolitischen Fehler der Bundesregierung ausbügeln müssen. Deshalb müssen wir weg von der Pauschalabrechnung und hin zu einer Spitzabrechnung. Wenn die Asylbewerberzahlen steigen, muss automatisch auch die Zahlung des Bundes steigen“, so Frei.

Ob der Bund trotzdem den Kommunen über die Länder mehr Geld für Flüchtlingshilfen überweist, ist ungewiss. Denn der Bund argumen-

**„Es ist unwürdig, dass die Kommunen jetzt förmlich beim Bundeskanzler um Geld betteln müssen.“**

**Thorsten Frei**  
Unions-Fraktionsgeschäftsführer

tiert, dass er schon jetzt den Löwenanteil an den Kosten für Geflüchtete in Deutschland stemmt. 1,06 Millionen Ukraine-Flüchtlinge müssten in kein Asylverfahren, sondern bekämen vom ersten Tag an Bürgergeld, das zu 90 Prozent der Bund zahle. Doch auch Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), derzeit Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz, fordert mehr Geld aus Berlin: „Der Bund muss sich in der finanziellen Mitverantwortung erheblich bewegen.“

## Wagner-Truppe soll nun doch Munition aus Moskau erhalten

**BACHMUT** (dpa) Nach Ankündigung ihres Abzugs aus der umkämpften ukrainischen Stadt Bachmut soll die russische Söldnertruppe Wagner nach eigenen Angaben nun doch die geforderte Munition und Verstärkung aus Moskau erhalten. „Uns wurden so viel Munition und Waffen versprochen wie zur Fortsetzung der Kampfhandlungen nötig“, sagte der Chef der Wagner-Truppe, Jewgeni Prigoschin, am Sonntag auf dem Telegram-Kanal seines Presse dienstes. Zudem sei ihm Flankenschutz zugesichert worden, damit seine Einheiten nicht Gefahr liefen, eingekesselt zu werden. Moskau äußerte sich zunächst nicht dazu.

Für die Koordination der Söldner mit den regulären Einheiten sei General Sergej Surowikin zuständig – „der einzige Mensch mit Generalstern, der was vom Kämpfen versteht“, befand Prigoschin.

Prigoschin hatte in der Vergangenheit mehrfach das russische Verteidigungsministerium für die hohen Verluste seiner Söldnertruppe in Bachmut verantwortlich gemacht. Wegen fehlender Artilleriemunition seien die Ausfälle beim Sturm der Stadt fünfmal so hoch wie nötig, sagte er. Deswegen verkündete er zuletzt den Abzug seiner Einheiten ab dem 10. Mai. Noch in der Nacht hatte er die Entscheidung mit der drohenden

Gefahr eines Aufreibens seiner Truppe gerechtfertigt. Er behauptete, dass in der Schlacht um Bachmut 50 000 Ukrainer gefallen seien, räumte aber zugleich „Zehntausende“ Tote und



Jewgeni Prigoschin, Chef der Wagner-Söldner. FOTO: UNREDITED/AP/DPA

Verletzte auf eigener Seite ein.

Prigoschin gilt wie Surowikin oder auch der tschetschenische Machthaber Ramsan Kadyrow, dessen Einheiten die Wagner-Positionen in Bachmut eigentlich übernehmen sollten, als Hardliner in Russlands Angriffskrieg. Internationale Militärexperten hatten Prigoschins Klagen über fehlende Munition auch als Ablenkungsmanöver aufgefasst, um von eigenen Misserfolgen abzulenken. Der zeitweise geplante Tausch mit Kadyrow spiegelte einerseits Prigoschins Misstrauen gegenüber der russischen Militärführung wider, gebe ihm aber auch die Möglichkeit, sein Gesicht zu wahren, falls

die Wagner-Truppen Bachmut nicht einnehmen können, urteilte das US-Institut für Kriegsstudien (ISW).

Experten sprechen seit Monaten von einem Machtkampf innerhalb der russischen Elite, der die Effizienz der Kriegsführung Moskaus geschwächt habe. Kompetenzstreitigkeiten und ständige Positionswechsel an der Spitze hätten massive Führungsprobleme der russischen Armee verschärft. Auch deswegen habe Russland nach mehr als einem Jahr immer noch nicht seine Kriegsziele erreicht. Nach ukrainischer Einschätzung ist das russische Militär so derzeit nicht in der Lage, größere Offensivoperationen durchzuführen.

Wegen der erwarteten ukrainischen Offensive haben die russischen Besatzer im südukrainischen Gebiet Saporischschja in den vergangenen Tagen die Evakuierung frontnaher Gebiete angekündigt. Unter den Ortschaften, die evakuiert werden sollen, ist auch die Stadt Enerhodar, wo sich das Atomkraftwerk Saporischschja befindet. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) zeigte sich angesichts der angespannten Lage um das Kernkraftwerk alarmiert. Die Situation werde immer unberechenbarer, und das Gefahrenrisiko in dem russisch besetzten AKW steige, sagte IAEA-Chef Rafael Grossi am Samstagabend.

## Syrien soll in Arabische Liga zurückkehren

**KAIRO** (dpa) Die Außenminister der arabischen Länder haben eine Rückkehr Syriens in die Arabische Liga beschlossen. Das sagte Gamal Ruschdi, Sprecher des Generalsekretärs der Organisation, am Sonntag in Kairo während eines außerordentlichen Treffens auf Ministerebene. Damit endet die Isolation der syrischen Regierung von Präsident Baschar al-Assad, die wegen ihres gewaltsamen Vorgehens gegen die eigene Bevölkerung 2011 aus der Organisation ausgeschlossen wurde. Laut Medienberichten ist der Schritt an mehrere Auflagen geknüpft. Syrien soll demnach verpflichtet werden, Gespräche mit der Opposition über eine neue Verfassung wiederaufzunehmen und den Weg zu Wahlen zu ebnen. Zudem soll die Regierung Flüchtlingen die Rückkehr sowie grenzüberschreitende Hilfe ermöglichen und den Drogenschmuggel eindämmen. Im Gegenzug wollen die arabischen Länder den Wiederaufbau in Syrien finanziell unterstützen und verbündete Staaten zum Abzug aus Syrien bewegen.

## Katholiken fordern weitere Aufarbeitung von Missbrauch

**MÜNCHEN** (dpa) Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) hält die Aufarbeitung des Missbrauchsskandals in der Kirche noch lange nicht für abgeschlossen. ZdK-Vizepräsident Wolfgang Klose forderte am Samstag bei der Frühjahrsvollversammlung in München unter anderem den Aufbau von Strukturen zur Aufarbeitung von Fällen in katholischen Verbänden. Außerdem müsse geklärt werden, wie das ZdK als Laien-Organisation der Katholiken mit der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) bei dem Thema zusammenarbeiten kann. Das Komitee müsse die Aufarbeitung in der DBK und den katholischen Bistümern kritisch begleiten, forderte Klose: „Wir stehen mit der Aufarbeitung noch am Anfang.“

Er zog damit Bilanz für den ZdK-Arbeitskreis Aufarbeitung. In den zwei Jahren seit seiner Einsetzung sei vor allem der Kontakt zur Politik intensiviert worden. Es bestehe „die Hoffnung, dass der Staat sich noch stärker engagiert und eine unabhängige kirchliche Aufarbeitung

engmaschiger und konsequenter begleitet, unterstützt und vor allem kontrolliert“, sagte Klose.

Die ZdK-Vollversammlung ist das höchste Organ der Organisation katholischer Laien. Sie tritt zweimal im Jahr zusammen – und nun in München erstmals nach dem Abschluss des sogenannten Synodalen Weges, des von konservativer Seite überaus umstrittenen Reformprozesses in der katholischen Kirche in Deutschland. „Wir bestehen auf einer Umsetzung der Beschlüsse des Synodalen Weges in allen deutschen Diözesen“, sagte ZdK-Präsidentin Irme Stetter-Karp.

Betroffene von sexuellem Missbrauch in der katholischen Kirche sind unterdessen am Samstag mit dem Fahrrad von München aus zu Papst Franziskus nach Rom aufgebrochen. „Die katholische Kirche hat den Skandal immer noch nicht bewältigt“, sagte Dietmar Achleitner, der im Alter zwischen 10 und 17 Jahren von einem katholischen Priester missbraucht wurde. „Dem Papst wollen wir eine Botschaft übermitteln.“

## Sudan: Trotz Gesprächen kaum schnelle Konfliktlösung

**KHARTUM** (dpa) Im Sudan ist es am Wochenende erneut zu Gefechten zwischen der Armee und den rivalisierenden Rapid Support Forces (RSF) gekommen – trotz erster indirekter Gespräche zwischen Vertretern der Konfliktparteien in Saudi-Arabien. Lokalen Medienberichten wird bei den Gesprächen erneut über eine Waffenruhe und die Einrichtung humanitärer Korridore verhandelt, nicht aber über eine dauerhafte Friedenslösung. Ein direktes Zusammentreffen der Verhandlungspartner im saudischen Dschiddah war nicht geplant. Bereits bei früheren Vermittlungen hatten sich beide Seiten mehrfach auf eine Feuerpause geeinigt und die Einrichtung humanitärer Korridore versprochen. Eingehalten wurden die Vereinbarungen allerdings nicht.

Die Kämpfe in dem Krisenland dauerten auch am Wochenende an. Nach Angaben des arabischen Fernsehsenders Al-Dschasira hat die sudanesischen Armee die rivalisierenden RSF aus Njala, der Hauptstadt des Bundesstaats Süd-Darfur im

Westen des Landes, zurückgedrängt. Darfur gilt eigentlich als Hochburg der RSF. Auch in der sudanesischen Hauptstadt Khartum kam es laut Medien- und Augenzeugenberichten am Samstag zu Luftangriffen und Artilleriebeschuss.

Am Sonntagmorgen hatte sich die Lage zunächst etwas beruhigt, berichtete ein Reporter der Deutschen Presse-Agentur in Khartum. Am Nachmittag kam es laut Medienberichten jedoch erneut zu Luftangriffen in der Nähe des Präsidentenpalastes im Zentrum der Hauptstadt.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und andere Hilfsorganisationen haben die Arbeit im Land mittlerweile wieder aufgenommen. Sie arbeiten unter massiven Sicherheitsrisiken. Bereits am Freitag hatte die WHO mitgeteilt, gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emiraten rund 30 Tonnen medizinischer Hilfsgüter mit einem Flugzeug nach Port Sudan im Osten des Landes geliefert zu haben. Die Hafenstadt am Roten Meer ist zum Zufluchtsort für viele Flüchtlinge geworden

## Südkorea und Japan vertiefen ihre Beziehungen

**SEOUL** (ap) Der japanische Präsident Fumio Kishida ist in Südkorea offiziell von Präsident Yoon Suk Yeol empfangen worden. Bei der Begrüßung vor Yoons Amtssitz am Sonntag schritten beide eine Ehrenformation der Streitkräfte ab. Nach Angaben von Regierungsvertretern wollten sie über das nordkoreanische Atomwaffenprogramm sowie Wirtschafts- und allgemeine Beziehungen zwischen ihren Ländern sprechen.

Zuvor hatte Kishida als erster japanischer Regierungschef seit zwölf Jahren den Nationalfriedhof in Seoul besucht und vor einem Denkmal Weihrauch entzündet. Auf dem Friedhof sind größtenteils Gefallene des Koreakrieges von 1950 bis 1953 begraben, aber auch koreanische Unabhängigkeitskämpfer gegen die japanische Kolonialherrschaft von 1910 bis 1945. Diese belastet das Verhältnis beider Staaten.

**Produktion dieser Seite:**  
Iris Neu-Michalik  
Gerrit Dauelsberg